



UNSER FISCHAMEND

AKTUELLE NACHRICHTEN

Steuergeldverschwendung bei Bürgermeisterbrief!

Wenn es um Eigenwerbung und Selbstbeweihräucherung des Bürgermeisters geht, wird in Fischamend sehr locker mit Steuergeldern umgegangen. Das kann man anhand jeder Stadtbotenausgabe leicht erkennen. Der absolute Höhepunkt an Parteiwerbung auf Kosten der Steuerzahler war aber ein Bürgermeisterbrief vom Februar dieses Jahres. Wie schon berichtet, hat sich Bayer in diesem Brief in wehleidiger Art und Weise für seine Versäumnisse der letzten Jahre gerechtfertigt. Unser Gemeinderat Ing. Baumgartlinger hat im Prüfungsausschuss die Überprüfung der Kosten dieses Schreibens verlangt und ist dabei auf Unglaubliches gestoßen. Es hat sich herausgestellt, dass dieser Brief während der Dienstzeit auf Gemeindegeldern produziert und einkuvertiert worden ist. Doch damit nicht genug der Steuergeldverschwendung. Anstatt diesen Brief, wie bei einer größeren Stückzahl üblich, als Massensendung zu 24 Cent

aufzugeben, hat man pro Brief lieber 55 Cent an Porto bezahlt.

Bei der versendeten Anzahl von 2329 Stück hat man also 1280,95 Euro statt 558,96 Euro ausgegeben.

Im Endeffekt wurden also 721,99 Euro beim Fenster hinausgeworfen. Auf der anderen Seite wird gerade im Sozialbereich von Seiten des Bürgermeisters um jeden Cent geknausert.

GR Ing. Baumgartlinger hat übrigens den Bürgermeister auf die Möglichkeit der kostengünstigen Massensendung aufmerksam gemacht, was dieser in seiner bekannt sachlichen Art und Weise gleich als Angriff auf die Intelligenz seiner Mitarbeiter am Gemeindeamt gewertet hat. Verantwortlich für die Selbstdarstellung ist jedoch Franz Bayer selbst, deshalb sollte auch er oder seine Partei die Kosten übernehmen und nicht die Fischamender SteuerzahlerInnen.

SPÖ: Parteipolitik statt Lebensqualität

In der Gemeinderatssitzung vom 14. Juli hat die Bayer-SPÖ wieder ihr wahres Gesicht gezeigt. Einen Antrag unserer Liste haben ihre Gemeinderäte nur deshalb abgelehnt, weil er nicht von ihnen kam. In diesem Antrag haben wir gefordert, dass die Auswirkungen großer Bauprojekte, die Fischamend betreffen in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Das bedeutet, dass beispielsweise beim Flughafenausbau bzw. bei der Errichtung der Transitbahn („Götzendorfer Spange“) am Westrand Fischamends die Gesamtlärmbelastung der Bevölkerung berücksichtigt wird. Gleiches soll auch für die geplante Verbreiterung der Autobahn gelten, um endlich ein-

en wirkungsvollen Lärmschutz entlang der gesamten A4 in unserem Ortsgebiet zu erreichen. Trotz der klaren Vorteile einer solchen Vorgangsweise für die Bewohner unserer Stadt wurde dieser Antrag von der knappen SPÖ Mehrheit im Gemeinderat abgelehnt.

Als Grund für die Ablehnung durch die SPÖ hat Bgm. Bayer übrigens nicht den Inhalt des Antrages genannt, sondern dass der Antragsteller Stadtrat Ram sei und man deshalb nicht zustimmen könne. Im Gegensatz zur Bayer-SPÖ ist uns die Lebensqualität der Fischamender Bevölkerung wichtiger als Parteipolitik und in diesem Sinne werden wir weiterhin handeln.